



EU bedrängt indische Straßenhändler



Die EU fordert von Indien, dass es europäischen Einzelhandelsketten die Eröffnung von Supermärkten in Indien erlaube.

Die EU fordert von Indien, dass es europäischen Einzelhandelsketten die Eröffnung von Supermärkten in Indien erlaube. Hierbei stehen sich allerdings massive Interessen europäischer Konzerne und der Überlebenswunsch von Millionen indischer Kleinstgewerbetreibender gegenüber. Im Falle einer Marktöffnung käme es innerhalb von fünf Jahren zu einer 20fachen Ausdehnung der Supermärkte im Land mit der Folge, dass 2,9–5,7 Mio. Arbeitsplätze zerstört würden. Leidtragende wären vor allem Straßenhändler, die wegen geringer Bildung und fehlender Ressourcen kaum andere Einkommensmöglichkeiten haben. Millionen Menschen liefen Gefahr, in extreme Armut abzurutschen. Die EU und insbesondere die Deutsche Bundesregierung drängen außerdem auf Öffnung des indischen Milch- und Geflügelmarktes für europäische Exporte. Über 14 Mio. indische Bauern leben jedoch von der Milcherzeugung ... noch!

von vg

Quellen:

www.indienaktuell.de/magazin/geplantes-handelsabkommen-bedroht-recht-auf-nahrung-in-indien-22066/

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.